

Plötzlich reden alle Parteien über die Atombomben in Rheinland-Pfalz. Auch der Landtag in Mainz hat sich damit beschäftigt!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 017/05 – 10.06.05**

Die US-Atombomben müssen aus Ramstein und Büchel verschwinden!

Wunder gibt es immer wieder, offensichtlich auch in Rheinland-Pfalz. Alle Parteien diskutieren plötzlich über den Abzug von Atomwaffen, über die man bisher angeblich nichts wusste, nichts wissen wollte und schon gar nicht reden durfte.

Mit großer Genugtuung nehmen wir zur Kenntnis, dass dieses Problem, das wir mit unserer LP 009/05 einer größeren Öffentlichkeit bewusst gemacht haben, inzwischen Kommunalparlamente und sogar den Mainzer Landtag beschäftigt.

Am 23. Mai hat sich zu unserer großen Freude der Kaiserslauterer Stadtrat bei Enthaltung der CDU-Fraktion und ihrer Absplitterung FBU der „Erklärung deutscher Bürgermeister zur Abschaffung von Atomwaffen“ (Bürgermeister für den Frieden – Mayors for Peace) angeschlossen. Wir erwarten, dass „K-Towns“ wieder genesener CDU-Oberbürgermeister Deubig nun umgehend Brigadegeneralin Rosanne Bailey, die Kommandantin der Kaiserslautern Military Community, über diesen Beschluss des Stadtrates in Kenntnis setzt, damit sie baldmöglichst mit den Vorbereitungen für den Abzug der 130 Atombomben von der Air Base Ramstein beginnen kann. CDU-Stadtrat Wimmer, Konditormeister in Ruhe und Kalter Krieger der Reserve, der als einziger gegen den Stadtratsbeschluss gestimmt hat, weil er Atombomben für Defensivwaffen hält und sie zu seinem Schutz hier behalten möchte, kann sich ja mit Eisbomben trösten, von denen er sicher mehr versteht.

Nachdem die Grünen, die Gunst der Stunde nutzend, als erste Fraktion einen Antrag auf Abzug der Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz in den Landtag eingebracht hatten, konnten auch die Regierungsparteien SPD und FDP schon aus Koalitionsgründen nicht untätig bleiben und zogen mit einem gemeinsamen Antrag zum gleichen Anliegen nach. Wie es nicht anders zu erwarten war, konnte sich der Mainzer Landtag am 3. Juni aber nicht auf einen gemeinsamen Beschluss einigen und will das „Thema“ erst einmal in den Ausschüssen beraten.

Die Debatte erinnerte stellenweise an eine Karnevalssitzung: SPD-Innenminister Bruch, der vor kurzem noch behauptet hatte, keine Informationen über Atomwaffen in Rheinland-Pfalz zu haben, sah ihre Lagerung in Ramstein und Büchel plötzlich als nicht mehr notwendig an, rügte aber gleichzeitig die Grünen, weil sie mit leichtfertig veröffentlichten Zahlen die Sicherheit gefährdet hätten.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Altherr fühlt sich erst neuerdings im Landkreis Kaiserslautern nicht mehr sicher, weil jetzt auch potentielle Terroristen Kenntnis von den Ramsteiner Atombomben haben könnten.

Die großen Gefahren, die von den 150 US-Atombomben in Rheinland-Pfalz – davon 20 in Büchel und 130 in Ramstein – für die Bevölkerung ausgehen, waren nicht länger zu verheimlichen. Deshalb entfalten die politisch Verantwortlichen jetzt hektische Aktivitäten. Mit gegenseitigen Verdächtigungen und Unterstellungen wollen sie von ihrer bisherigen Verschleierungstaktik und Untätigkeit ablenken, um trotzdem in den kommenden Wahlkämpfen zu punkten. Mit Anträgen, die in Ausschüssen verschwinden, glauben sie, die Öffentlichkeit zunächst einmal beruhigt zu haben und alle militärischen Bedrohungen und Belastungen wie bisher vertuschen oder verharmlosen zu können.

Es liegt an uns allen, das zu verhindern. Amtsträger auf allen Ebenen und die Kandidaten aller Parteien bei den kommenden Wahlen, müssen wissen, dass wir Bürger uns nicht länger einlullen und belügen lassen. Wir werden keine Ruhe geben, bis Rheinland-Pfalz frei von Atomwaffen und Militäranlagen ist, die täglich nicht nur unsere Sicherheit, sondern auch den Frieden in der Welt bedrohen.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern